

*Zielpunkt* einer demokratischen politischen Kultur, wie sie das Papier darstellt, ist die Überwindung obrigkeitstaatlicher und gesellschaftlicher Machtstrukturen im politischen wie im wirtschaftlichen Leben durch mehr Partizipation, und zwar in erster Linie durch mehr Basispartizipation. Der *Partizipationsgedanke* erweist sich für die Autoren geradezu als der zentrale Kulturbegriff des Politischen. Dagegen ist so lange nichts einzuwenden,

als dieser durch den Repräsentationsgedanken ergänzt wird und gesellschaftliche Aktivitäten vor Ort nicht einfach mit der auf die staatliche Ordnung gerichteten Politik verwechselt werden. Wenn sich das Papier darauf beruft, daß in Ländern mit älterer demokratischer Tradition sich ein sehr viel engeres Verhältnis von Kultur und Politik entwickelt hat, dann war sicher eine der Voraussetzungen dafür die wohlhabewogene Begrenzung des

Politischen im engeren Sinn auf die auf die staatliche Ordnung des Gemeinwesens bezogene Politik. Es wäre vermutlich ein Gewinn an politischer Kultur, wenn der sich regende Partizipationswille vor Ort als eine durchaus notwendige Aktivität trotz verständlichen Entgegenkommens gegenüber „Bürgerinitiativen“ nicht einfach Handlungserfordernissen im politischen Großraum Staat gleichgesetzt würde. D. S.

## Entwicklungen

# Kirchen als entwicklungspolitischer Motor?

## Zum Diskussionsstand ein Jahr nach dem entwicklungspolitischen Kongreß

„Entwicklung als internationale soziale Frage“, dieses Thema stellten kirchliche Träger (Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst / AGKED, Katholischer Arbeitskreis Entwicklung und Frieden / KAEF, Deutscher Evangelischer Kirchentag / DEKT, Zentralkomitee der deutschen Katholiken / ZdK) in den Mittelpunkt ihres dreijährigen Dialogprogramms mit gesellschaftlichen Gruppen und Parteien. Im Januar 1979 fand innerhalb dieses Programms ein entwicklungspolitischer Kongreß mit über 800 Teilnehmern aus dem Wirtschaftsleben, dem Verbandswesen, Parteiarbeit und staatlicher Verwaltung sowie aus dem kirchlichen Bereich statt (vgl. HK, März 1979, 122 ff.). Die Kirchen kennzeichneten dieses Vorhaben als erstes Entwicklungsprojekt in der Bundesrepublik Deutschland. Damit sollte dreierlei gesagt sein: 1. Entwicklung als internationale soziale Frage zu begreifen ist eine Schlüsselaufgabe unserer Zeit. 2. Diese Aufgabe ist eine gemeinsame für alle Kräfte in Staat und Gesellschaft. 3. Ein Dialog kann helfen, die entwicklungspolitische Herausforderung klarer zu bestimmen und Handlungsbeiträge einzuleiten, die der jeweiligen Sachkompetenz der Dialogpartner entsprechen. Mehr Spielraum und ein höherer Stellenwert für Entwicklungspolitik wurden angestrebt.

In einer *Problemskizze* hatten die Träger des Dialogprogramms u. a. zur Gesprächsmethode gesagt: „Ganz bewußt wird die Legitimation des Interessenstandpunktes verschiedener gesellschaftlicher Gruppen anerkannt. Mehr politischer Spielraum für Entwicklungspolitik ist nur zu erreichen, wenn sich die politisch entscheidenden Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland und größere

Teile der Bevölkerung mit der Entwicklungsproblematik als internationaler sozialer Frage identifizieren und wenn sie erkennen, daß gerade im internationalen sozialen Ausgleich auch die Perspektive der eigenen Zukunft liegt.“ Es zeigt sich, daß Identifikation mit den entwicklungspolitischen Aufgaben nicht zu erreichen ist, wenn lediglich Klage geführt wird über entwicklungspolitische Abstinenz. Identifikation zielt auf Handlungsenergien, die entwicklungspolitische Aufgaben aus dem eigenen Selbstverständnis begreifen und zu einem Tätigwerden aus eigener Kompetenz führen.

### Welche Fortschritte?

Die Träger des Programms der Kirchen „Entwicklung als internationale soziale Frage“ zogen aus der Bilanz der dreijährigen Startphase den Schluß, daß die positiven Erfahrungen des entwicklungspolitischen Dialogs mit Gewerkschaften, Unternehmern, Bauernführern, Politikern und Verantwortlichen in kirchlichen Verbänden und Räten auf eine Fortführung des Programms drängten. Die Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst und der Katholische Arbeitskreis Entwicklung und Frieden erhielten inzwischen in finanzieller und personeller Hinsicht von den zuständigen Kirchengremien grünes Licht für eine Weiterführung der Aufgabe über 5 Jahre. Welches sind die Gründe, die dies rechtfertigen?

Die kirchlichen Träger strebten durch den Dialog einen *entwicklungspolitischen Grundkonsens* an. Sie definierten diesen beim entwicklungspolitischen Kongreß als „Ent-

wicklungspolitische Demarkationslinie, hinter die man nicht mehr zurückgehen darf“. Elemente eines solchen Grundkonsenses sind im Verlauf des Programms u. a. in folgenden Punkten deutlich geworden:

- Weltfriede wird künftig nur möglich sein, wenn die soziale Frage in der internationalen Dimension Anliegen einer internationalen Politik wird, die den Ausgleich anstrebt, indem sie entschieden soziale Gerechtigkeit verwirklicht.
- Dieser Einsicht entspricht ein *gewandelter Entwicklungsbegriff*, der nicht von ideologischen oder rein wirtschaftlichen Konzepten her bestimmt wird, sondern auf ein Entwicklungsideal zielt, das wirtschaftliches Wachstum, soziale Gerechtigkeit, Eigenständigkeit und Partizipation der Bevölkerung als unabdingbare Komponenten enthält. Damit steht Entwicklung stets im Spannungsfeld der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Auseinandersetzung.
- Die *Grundbedürfnisstrategie* darf sich nicht auf die Sicherung materieller Ziele beschränken, sondern muß die gesellschaftspolitische Komponente der Entwicklungsziele mitberücksichtigen. Denn die Fesseln der absoluten Armut werden nur durch eine Dynamik von innen aufgebrochen werden können.
- Die *Leistungen der deutschen öffentlichen Entwicklungshilfe* sind angesichts des Umfangs der Aufgaben und des Wohlstandes in der Bundesrepublik Deutschland bisher unzulänglich. Von Opfern kann nicht gesprochen werden.
- Der notwendigen Öffnung des deutschen Marktes für Produkte aus Entwicklungsländern muß eine *Stützung des wirtschaftlichen Strukturwandels* in der Bundesrepublik Deutschland entsprechen, die die Lasten solidarisch verteilt.
- *Gesellschaftliche Gruppen* können aus eigener Zuständigkeit entwicklungspolitisch tätig werden. Ihre Sachkompetenz ist zu spezifischen Aufgaben herausgefordert. Als Beispiel kann genannt werden: Die Stützung des Aufbaus verbandlicher Organisationen der ländlichen Bevölkerung in Entwicklungsländern durch den Deutschen Bauernverband.

## Versachlichung und Ausweitung des Dialogs

Das Dialogprogramm hat zu einer bemerkenswerten *Versachlichung der Diskussion kontroverser Themen* beigetragen. Das gilt für Fragen der Zielkonflikte zwischen verschiedenen Politikbereichen, für die Diskussion der Gewaltproblematik, für die Auseinandersetzung über ordnungspolitische Grundsätze und für die Frage der möglichen sozialen Auswirkungen privater Investitionen. Gerade von diesen Fragen sind in der Vergangenheit starke Belastungen für eine gemeinsam getragene Entwicklungspolitik ausgegangen. Die Unterscheidung von Grundsatzfragen und Beurteilung konkreter Situationen, aber auch die Methode, Einzelthemen möglichst anhand von Bei-

spielen aus der Erfahrung kirchlicher Entwicklungsarbeit zu diskutieren, haben zu einer gemeinsamen Gesprächsbasis und zu konstruktiven Schritten eines besseren Verständnisses geführt.

Der entwicklungspolitische Dialog ist inzwischen *über die ursprünglichen Dialogpartner hinausgewachsen*. Einzelne Unternehmen, besonders im Bereich der chemischen Industrie, erörtern Zusammenhänge zwischen Investitions- und Entwicklungspolitik. In den Parteien haben sich Agrar-, Wirtschafts- und Kulturpolitiker entwicklungspolitischen Überlegungen zugewandt. Es gibt lokale und regionale Parallelen zum Programm der Kirchen. In Baden-Württemberg und in Nordrhein-Westfalen haben Anstöße auf der Ebene von Bundesländern zu Überlegungen über deren mögliche entwicklungspolitische Rolle geführt. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zwischen Europäischer Gemeinschaft und Nichtregierungsorganisationen bahnt sich eine europäische Parallele eines entwicklungspolitischen Dialogs mit gesellschaftlichen Gruppen an.

Während die Gäste aus Entwicklungsländern noch beim entwicklungspolitischen Kongreß deutlich Hemmungen zeigten, sich intensiv an einer Diskussion entwicklungspolitischer Zusammenhänge mit innenpolitischen Voraussetzungen und Auswirkungen in der Bundesrepublik Deutschland zu beteiligen, haben inzwischen kirchliche *Partner aus der Dritten Welt* selbst ähnliche Initiativen ergriffen. Die Organisation CENDHARRA/Manila (Centre for the Development of Human Resources in Rural Asia) hat einen Überblick zum entwicklungspolitischen Dialog in der Bundesrepublik in englischer Sprache erstellt und an Organisationen der kirchlichen Entwicklungsarbeit in der Dritten Welt versandt. Führer von Gewerkschaften und Bauernbewegungen aus Entwicklungsländern fragen bei Besuchen in Deutschland gezielt nach Gesprächspartnern, die in vergleichbaren Aufgaben arbeiten.

Die kirchlichen Träger des Dialogprogramms haben ihre Initiative auch als Herausforderung an eigenständige entwicklungspolitische Handlungsbeiträge gesellschaftlicher Gruppen betrachtet. Ansätze dazu sind konkret erkennbar. Der Deutsche Bauernverband hat die kirchlichen Hilfswerke gebeten, ihm Projekte vorzustellen, bei denen seine Mitwirkung sinnvoll sein kann. Eine Gruppe von Unternehmern arbeitet an Kriterien zur Beurteilung sozialer Auswirkungen von Investitionen. Die Katholische Landvolkbewegung, die kirchlichen Jugendverbände, die action 365 und andere haben Möglichkeiten für spezifische eigene Beiträge in der entwicklungspolitischen Diskussion und im entwicklungspolitischen Handeln entdeckt. Beispielsweise wertet die action 365 die Materialien des entwicklungspolitischen Kongresses in einem 2-Jahres-Programm für Mitarbeiterbriefe zu entwicklungspolitischen Wohnzimmergesprächen aus. Nach dem Schneeballsystem wird die Diskussion der Entwicklungsproblematik bis an die Arbeitsplätze in Betrieben und Verwaltungen herangetragen.

## Gefahr der Verzettelung

Das Programm der Kirchen „Entwicklung als internationale soziale Frage“ kann gegenwärtig als Erfolg verbuchen, daß die entwicklungspolitische Diskussion unverkennbar aus der Sterilität bloßer Grundsatzklärungen herausgeführt wurde. Zahlreiche Beispiele belegen, daß entwicklungspolitische Energien bei gesellschaftlichen Gruppen, Parteien und Kirchen freigesetzt werden können, wenn nicht nach dem Prinzip „fordern und anklagen“ vorgegangen, sondern nach den möglichen Handlungsbeiträgen gefragt wird, die dem jeweiligen Aufgabenbereich und der jeweiligen Fachkompetenz entsprechen. Dieser fruchtbare Ansatz kann längerfristig insgesamt zu mehr Verständnis für Entwicklungspolitik und zu mehr entwicklungspolitischem Handlungswillen führen. Allerdings zeigt sich bereits an der geschilderten Ausweitung des entwicklungspolitischen Dialogs, vor welchen

*Schwierigkeiten* die kirchlichen Fachgremien stehen, wenn sie auf das wachsende Interesse an einer ernsthaften Auseinandersetzung über die Zusammenhänge von Entwicklungspolitik und eigener Zukunftsperspektive kompetent eingehen wollen. Die feststellbaren positiven Ergebnisse werden sich nur in dem Maß fortsetzen lassen, in dem das Eingehen auf komplizierte Sachzusammenhänge von *fachlicher Qualität* getragen wird. Es wird großer Anstrengungen bedürfen, dies durchzuhalten. Schließlich zeigt sich immer mehr, daß es notwendig sein wird, der Versuchung zu widerstehen, gleichsam jeder Dialogchance nachzugehen und sich in Geschäftigkeit zu verlieren. Es kommt auf Beispiele an und auf Handlungsmodelle. Es kommt darauf an, daß gesellschaftliche Gruppen, Parteien und Kirchen bei sich selbst und untereinander aus eigenem Antrieb die Entwicklungsproblematik in ihr Denken und in ihr Handeln als selbstverständlich integrieren.

*Manfred Sollich*

## „Wieder ins Volk wachsen“

### Ängste und Differenzen im österreichischen Katholizismus

Andere Schwerpunkte als in der Bundesrepublik ergaben die bisherigen Reaktionen in Österreich zum „Fall Küng“. Einerseits ist festzuhalten, daß die Stellungnahmen von nicht-katholischer Seite weniger ätzend ausfielen als in der Bundesrepublik. Parteipolitische Polemik, die sich sonst fast jedes Themas in Österreich bemächtigt, klammerte das Thema Küng bisher weitgehend aus. In einer Fernsehdiskussion daraufhin angesprochen, meinte Bundeskanzler *Bruno Kreisky*, er werde sich hüten, in diesem Zusammenhang den Papst zu kritisieren, er sei Agnostiker und verstehe davon nichts, das sei sozusagen eine „Sache der Kirche“.

### Kritik aus katholischen Kernbereichen

Andererseits ist auffallend, daß die heftigste Kritik in diesem Fall nicht von Randgruppen kommt, sondern von kernkatholischen Kreisen, denen man in keiner Weise Radikalität oder gar innerkirchlichen Extremismus nachsagen kann. Bezeichnend dafür ist die Bildung eines Pro-Küng-Komitees in Oberösterreich, dem u. a. *Hubert Lehner*, Generaldirektor des oberösterreichischen Landesverlages (eine Institution des katholischen Pressevereins der Diözese Linz), Universitätsdozent *Walter Suk* und mehrere Theologieprofessoren angehören. Auch *Eduard Ploier*, Präsident der Katholischen Aktion Österreichs, dessen Funktion als „Laiensprecher“ im österreichischen Katholizismus eine entfernte Parallele zum Vorsitzenden des Zentralkomitees deutscher Katholiken aufweist, nahm in kritischer Weise zur Vorgangsweise im „Fall Küng“ Stellung. Ploier sagte, er wolle die theologi-

sche Kontroverse nicht beurteilen, doch sei für ihn die Verfahrensweise erschütternd. Gepflogenheiten des Rechtsstaates, wie Akteneinsicht oder freie Wählbarkeit eines Verteidigers, sollten auch in kirchlichen Lehrprüfungsverfahren, die in manchen Fällen nicht zu umgehen seien, eingehalten werden.

Die Bischöfe in Österreich stellten sich in persönlichen Aussagen hinter die Entscheidung der Glaubenskongregation, doch kam es zu keinen Hirtenworten in diesem Zusammenhang. In seiner stets stark beachteten Silvester-Ansprache im Fernsehen erwähnte der Erzbischof von Wien, Kardinal *Franz König*, den „Fall Küng“ nicht ausdrücklich, sprach aber von Fragen, ob die „Uhren der Weltkirche nicht heimlich zurückgedreht werden sollen“. In manchen Vorkommnissen der letzten Zeit wollten manche – ehrlich besorgt – eine Bestätigung ihrer Befürchtungen sehen, so sagte der Kardinal: „Ehrliche Sorge soll niemand in den Wind schlagen, und ich glaube, der Papst wäre der letzte, der sich darüber hinwegsetzen würde. Aber man würde diesem Papst unrecht tun, das sage ich aus einer jahrelangen Kenntnis seiner Person, würde man ihn als Reaktionär bezeichnen. Papst Johannes Paul II. ist ein prophetischer Papst, ein Mann des Konzils. Er strahlt Vertrauen und Zuversicht aus. Er hat gewiß nicht die Absicht, hinter das Konzil zurückzugehen.“ Der Wiener Erzbischof-Koadjutor *Franz Jachym* und Weihbischof *Helmut Kraetzl* riefen wenige Tage später zum Gebet für den Papst auf, der „um die Einheit der Kirche eine besondere Verantwortung trägt“. Es gehe bei der Auseinandersetzung um wesentliche Lehrinhalte des katholischen Credo, weshalb sich die Glaubenskongregation mit einer Stellungnahme zu Wort habe melden müs-